

Dabei sein ist mehr als alles

Die Schweiz muss der Europäischen Union beitreten, allein geht das Land unter. Die *Weltwoche* druckt Peter Bodenmanns Rede, die er am Parteitag der Sozialdemokraten hielt. Bild: Helmut Wachter

Eine Partei muss, wenn sie vorwärts kommen will, inhaltlich streiten können. Eine Partei, die nicht mehr streitet, kommt konzeptionell nicht voran. Sie verwischt laufend Gegensätze, statt diese offen auszutragen und dann zu entscheiden. Ich sähe gerne eine SP-Schweiz, die etwas anders politisiert: erstens linker, zweitens ökologischer, drittens europäischer, viertens mit mehr Wirtschaftskompetenz, fünftens konzeptioneller und sechstens beweglicher.

Welche Fragen brennen heute den Schweizerinnen und Schweizern unter den Nägeln? Das von der SP verabschiedete Europapapier ist wenig konkret. Entsprechend sind auch die Anträge der Sektionen. Die Menschen in der Schweiz wollen aber konkrete Antworten auf ihre konkreten Fragen.

Führt die Personenfreizügigkeit mit den Ländern der EU etwa zu Lohndumping? Welche flankierenden Massnahmen braucht es? Fördern Dublin und Schengen nicht die Repression gegen Flüchtlinge und den flächendeckenden europäischen Schnüffelstaat? Wie kann die Hochpreisinsel Schweiz gesprengt werden? Werden zuerst die Löhne und dann die Preise sinken? Oder umgekehrt? Oder werden die Löhne auch nominal gar nicht sinken, sondern steigen, weil die Binnenwirtschaft gleich produktiv wird wie der Exportsektor? Wie kann und muss man die Schweizer Landwirtschaft umbauen?

Führt die Aufgabe des Bankgeheimnisses nicht zu einem weiteren Abbau von Arbeitsplätzen in diesem volkswirtschaftlich wichtigen Sektor? Ist direkte Demokratie mit der EU-Mitgliedschaft kombinierbar? Müssen wir sie ausbauen, und wenn ja, wie? Ist die Linke für militärische Neutralität und gegen den Nato-Beitritt? Ist es sinnvoll, trotz EU-Beitritt erst einmal eine eigene Währung – wie die Schweden und Briten – zu behalten? Zerstört der EU-Beitritt den bei uns gut verankerten Service public? Gibt es eine Strategie, um diesen dank der direkten Demokratie eurokompatibel zu stärken? Was bedeutet die Übernahme hoher Mehrwertsteuersätze?

Vor zwölf Jahren stimmte die Schweiz über den EWR ab. Das Volk lehnte den Beitritt nur knapp – mit 50,3 Prozent Nein gegen 49,7 Prozent Ja – ab. Deutlicher war das Ständemehr. Aus knappen Niederlagen kann man lernen: Das Ständemehr war unnötig. Es war 1992 ein taktischer Fehler, zugleich die Verfassung ändern zu wollen. Die Grünen und Teile der SP waren gegen den EWR. Sie verhalfen der SVP zum Volksmehr. Sie waren und blieben Wasserträger der SVP, weil sie keine eigene Perspektive in der Logik des kritischen Nein entwickelt haben. Nie-

mand will an die politischen Fehler erinnert werden, niemand erinnert die linken EWR-Gegner an ihre Verantwortung. 1992 war die EWR-Debatte geprägt von Ängsten. Viele haben sich inzwischen als unberechtigt herausgestellt.

Ökologisch sind wir nicht mehr Schrittmacher in Europa. Im Gegenteil: Die Windräder drehen sich in Österreich, nicht in der Schweiz. In Deutschland müssen Neubauten besser isoliert werden als in vielen Schweizer Kantonen. Das Passivenergiehaus setzt sich im Südtirol rascher durch als im Emmental. Die sauberen Euro-4- und Euro-5-Lastwagen rollen in den kommenden Jahren über Deutschlands Autobahnen, während dreckige Euro-3-LKWs den Gotthard verstopfen. Der Alleingang macht unökologisch.

Die Schweiz hat die höchsten Mieten in Europa. Dies ist ein Standortnachteil. Die Hypothekarzinsen in Deutschland sind real nicht mehr höher als in der Schweiz. Es lohnt sich deshalb, nachzulesen, was damals auch linke Ökonomen an Befürchtungen in Sachen Hypothekarzinsen verbreitet haben. Und wirtschaftlich haben sich alle Ex-Efta-Länder in den letzten zehn Jahren erst noch weit besser entwickelt als die Schweiz.

Wer in die EU will, muss erst zwei Fragen beantworten: Will die Schweiz als EU-Mitglied an der Neutralität festhalten? Will sie den Franken – zumindest vorerst – beibehalten? Politikfeld für Politikfeld gilt es weiter aufzuzeigen, welche flankierenden Massnahmen es braucht, damit ein EU-Beitritt im Volk eine Mehrheit finden kann, weil ein Beitritt dieser Mehrheit mehr Vorteile bringt als der Alleingang.

Keine Alternative zu Neoliberalismus?

Heiner Geissler prangert den Neoliberalismus an. Norbert Blüm schimpft über die soziale Kälte des Kapitals. Beides ist kein Zufall. Der rheinische Kapitalismus, die soziale Marktwirtschaft, liegt im Sterben. Und dies beunruhigt nun sogar deutsche Christdemokraten. Die Frage steht im Raum: Gibt es zurzeit nicht nur keine realpolitisch durchsetzbare Alternative zum Kapitalismus, sondern innerhalb möglicher kapitalistischer Entwicklungen keine Alternative zum Neoliberalismus? Davon gehen heute leider weite Teile der Sozialdemokratie und der Grünen nicht nur im deutschsprachigen Raum aus.

Die Schweiz spielt im Rahmen der laufenden neoliberalen Transformation des rheinischen Kapitalismus eine himmeltraurige Rolle: Offshore-Gelder sind weitgehend nicht versteuerte Vermögen. Weltweit geht es um über 2000 Milliarden Franken. Davon werden – je nach Schätzung – 40 bis 60 Prozent von Schweizer

Banken verwaltet. 3000 ausländische Milliarden und Millionäre bezahlen in der Schweiz nur einen Bruchteil der Steuern, die sie in ihren Heimatländern bezahlen müssten. Sie können die Höhe ihrer Steuern mit den Kantonen aushandeln. Ein Land, das im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung als Heimathafen der Steuerhinterzieher dient, profitiert kurzfristig davon.

Schützen die Bilateralen II das Bankgeheimnis? Oder tun die Banken nur so, als ob das Bankgeheimnis geschützt werde? Vieles spricht dafür, dass das Steuerhinterziehergeheimnis nicht nur gegenüber den USA, sondern auch gegenüber der EU schrittweise aufgeweicht wird.

Linke Politik muss aufzeigen, dass es auch wirtschaftspolitisch keinen Sinn macht, wenn die Schweiz mittelfristig auf einen starken Finanzplatz dank Steuerhinterziehung setzt: Die Steuern für Firmen und für grosse Einkommen und Vermögen sind weltweit am Sinken. Der Anreiz, durch Steuerhinterziehung gar keine Steuern zu bezahlen, wird damit tendenziell kleiner. Rechte Politik folgt überall dem gleichen Muster: Steuergeschenke für die Reichen führen zu Defiziten in den Staatskassen. Und diese Defizite erhöhen den Druck auf die Schweiz und deren Banken, wegen der in der Schweiz lebenden Steuerflüchtlinge, wegen der in der Schweiz verwalteten nicht versteuerten Vermögen. Den meisten Schweizer Bankiers droht – wenn die NZZ am Sonntag korrekt berichtet – bald einmal die Festnahme im EU-Raum wegen Geldwäsche.

Der Finanzplatz Schweiz und die Schweizer Banken müssen – wollen sie stark bleiben – vergleichbare Dienstleistungen effizienter erbringen als andere Finanzplätze und Banken. In diesem Prozess muss aus Schweizer Sicht die Aufgabe des bisherigen Standortvorteils Steuerhinterziehung mit der Austrocknung möglichst aller Offshore-Finanzplätze verbunden werden.

Die Banken und Versicherungen bereiten sich intern auf die verschiedenen Szenarien vor. Jedes Jahr, um das sie das Steuerhinterziehergeheimnis länger verteidigen können, ist ihnen recht. Deshalb wollen sie den EU-Beitritt so lange wie möglich hinauszögern. Deshalb ist es ihnen gleich, wenn keine andere Volkswirtschaft in Europa weniger Wachstum aufweist als die Schweiz. Sie sind nur beschränkt an der Entwicklung der schweizerischen Volkswirtschaft interessiert. Entscheidend sind für UBS, Credit Suisse und Co., wie viel Gewinn ihre Unternehmen für ihre Manager und Aktionäre weltweit pro Jahr erwirtschaften können. Zwischen den volkswirtschaftlichen Interessen der Schweiz und den betriebswirtschaftlichen Interessen der

Grossbanken gibt es einen immer offensichtlicheren Gegensatz.

Kein Land in Europa hatte zwischen 1991 und 2001 ein schlechteres Wirtschaftswachstum als die Schweiz. Wenn die Wirtschaft seit dem Nein zum EWR nicht stagnieren würde, hätten Gemeinden, Kantone, Bund und Sozialwerke keine Defizite, weil sowohl die Staatsquote wie die Soziallastquote der Schweiz im internationalen Vergleich tief war, ist und bleibt.

Hohe Löhne – tiefe Kaufkraft

Schuld an der Stagnation der Schweiz ist wesentlich der Alleingang, der verhindert hat, dass die Schweizer Binnensektoren vergleichbar produktiv umgebaut wurden wie die exportorientierten. Nirgends in Europa sind die nominalen Löhne höher als in der Schweiz. Nirgends klafft aber eine so grosse Lücke zwischen den hohen Löhnen und der realen Kaufkraft der Lohnabhängigen. Dabei zählt nicht, was man in der Lohntüte hat, sondern wie viel man sich kaufen kann. Nicht nur der Deutsche verfügt über mehr Kaufkraft als der Schweizer. Kaufkraftmässig hat uns selbst das Armenhaus Irland schon überholt. Die meisten Schweizer haben Angst, diese Debatte zu führen. Alle fürchten, in einem später anstehenden Strukturwandel des Binnensektors als Erste an die Kasse zu kommen.

Die Hochpreisinsel frisst die Kaufkraft der Massen. Die Personenfreizügigkeit macht diesen

Widerspruch brutal sichtbar. Denn ein deutscher Handwerker, der umgerechnet zehn Franken unter Schweizer Mindestlohn arbeitet, hat in Deutschland mindestens so viel Kaufkraft wie der Schweizer Handwerker. Wenn die Gewerkschaften überleben wollen, werden sie im Rahmen der bilateralen Verhandlungen und der anstehenden Osterweiterung der EU drei Dinge durchsetzen müssen:

- 1 – flächendeckende Gesamtarbeitsverträge für die meisten Branchen.
- 2 – Mindestlöhne für alle Branchen, die über keinen Gesamtarbeitsvertrag verfügen.
- 3 – Kontrolle der vertraglich oder staatlich festgelegten Löhne.

Ohne diese Massnahmen werden Lohndruck und Fremdenfeindlichkeit in der Schweiz massiv zunehmen, werden die Betroffenen an der Urne alle europapolitischen Vorlagen wegfeigen. Nur wenn die Gewerkschaften bereit sind – falls sie sich nicht auf der ganzen Linie durchsetzen – das Referendum gegen die Personenfreizügigkeit zu ergreifen, werden sie in prekären Branchen wie dem Baugewerbe überleben.

Jedes Jahr wandern nur 400 000 Menschen in den EU-Raum ein. Dies ist demografisch gesehen zu wenig. Europa braucht pro Jahr eine Million Zuwanderer. Unter dem Druck von rechts wurden in den vergangenen Jahren die Rechte der Flüchtlinge in den meisten EU-Staaten – wie übrigens auch in der Schweiz – stark einge-

schränkt. Dieser Prozess scheint weiterzugehen. Der sozialdemokratische deutsche Innenminister Schilly fordert – wie lange noch erfolglos, ist offen – Auffanglager für Flüchtlinge in Afrika.

Wenn die Schweiz bei Dublin mitmacht, hat das zwei entscheidende Auswirkungen: Leute, die in einem EU-Land kein Asylrecht erhalten, können in der Schweiz kein Zweitgesuch mehr stellen. Und der Wettbewerb – wer schreckt potenzielle Asylbewerber am erfolgreichsten ab – verschärft sich mit Eurodac weiter. Dies neu unter direkter Beteiligung einer Schweiz, deren zuständiges Justiz- und Polizeidepartement fremdenfeindlich verwaltet wird.

Dublin ist kein linkes Projekt. Dublin ist ein rechtes Projekt, das die Symptome und nicht die Ursachen der Flüchtlingsbewegungen bekämpft. Eine Partei, die in die EU will, muss die bittere Pille Dublin schlucken. Wer bittere Pillen schlucken muss, darf – wenn er seine Glaubwürdigkeit behalten will – nicht Halleluja rufen.

Auch demokratische und soziale Gesellschaften entwickeln sich nicht konflikt- und gewaltfrei. Wer in ihnen die Regeln des Rechtsstaates verletzt, ist zu verfolgen, aber immer mit Augenmass und unter Wahrung der rechtsstaatlichen Grundsätze. Eine offene Gesellschaft muss damit leben lernen, dass von Zeit zu Zeit Menschen Opfer von terroristischen Anschlägen werden, dass ein Flugzeug, ein Wolkenkratzer oder ein Bahnhof zerstört wird. Totale Sicher-

heit ist nicht möglich. Gesellschaften, die im Kampf gegen die Gewalt selber die Regeln des Rechtsstaates und des Völkerrechtes weder überschreiten noch ritzen, lassen weniger Menschen in den Terrorismus abgleiten.

Schengen führt – im Gegensatz zur Propaganda von rechts – leider nicht zu offenen Grenzen zwischen der Schweiz und der EU: Bis heute standen und stehen an den Schweizer Grenzen sowohl Grenzwächter wie Zöllner. Sie kontrollieren stichprobenweise. Nach Annahme von Schengen werden an den Grenzen immer noch Grenzwächter und Zöllner stehen und mit Stichproben Warenkontrollen vornehmen. Und immer, bei Verdacht, eine Personenkontrolle nachschieben. An unserer Grenze ändert sich somit real wenig bis nichts, weil wir weder der EU beitreten noch eine Zollunion mit ihr eingehen.

Verstärkt wird neu die Schleierfahndung im Grenzraum. Und massiv verstärkt wird gar die Zusammenarbeit und der Datenaustausch zwischen den nationalen Justiz- und Polizeiparaten. Es kommt zu einem flächendeckenden europäischen Schnüffelstaat, der dort gefährlich wird, wo bewusst geschürte Hysterie zur schleichenden Auflösung rechtsstaatlicher Grundsätze führt. Die nationalistische Rechte der Schweiz bekämpft die rechten Projekte Dublin sowie Schengen. Es geht der Auns nicht um mehr Sicherheit, sondern um weniger Europa. Die SVP-Vorfeldorganisation hat somit die entscheidenden

de Frage begriffen. Die Linke kann von ihr lernen. Sonst machen Linke wieder die gleichen Fehler wie beim EWR.

Hochpreisinsel – vier zentrale Politikfelder

Die Sparquote in der Schweiz ist zu hoch. Die Einkommen und Vermögen sind zu ungleich verteilt. Bund, Kantone und Gemeinden verschärfen mit ihrer Sparpolitik wirtschaftliche Stagnation. Kleine und mittlere Unternehmen erhalten von den Banken zu wenig Geld. Alle vier Faktoren behindern wirtschaftliches Wachstum in der Schweiz.

Trotzdem darf linke Wirtschaftspolitik eine Tatsache nicht wegwischen: Die Hochpreisinsel Schweiz ist heute der zentrale Standortnachteil der Schweiz. Und diese Hochpreisinsel ist mit der Personenfreizügigkeit mittelfristig nicht kombinierbar. Die realen Löhne in der Schweiz sind nicht zu hoch, sondern zu tief. Wer in der Schweiz arbeitet und im nahen Ausland lebt, hat bei gleichem Zahltag einen um 30 Prozent höheren realen Lohn. Deshalb kaufen die Schweizerinnen und Schweizer im nahen Ausland ein. Die Hochpreisinsel wird früher oder später implodieren. Je länger Politik und Gewerkschaften notwendige Strukturveränderungen hinauszögern, umso grösser die Nachteile, umso brutaler der Umbruch, umso weniger Mittel stehen für flankierende Massnahmen beim Umbau des Binnensektors zu Verfügung.

Wer für den EU-Beitritt ist, wer auf diesem Weg die Personenfreizügigkeit realisiert, muss deshalb so schnell und so sozialverträglich wie möglich die Hochpreisinsel sprengen. Nur wer realistisch aufzeigt, wie dies möglich ist, kann die Menschen für einen EU-Beitritt gewinnen. Denn zuerst kommen tiefere Preise für Lebensmittel, Kleider und Autos und dann vielleicht die Begeisterung für das Friedensprojekt EU.

1995 beschloss der Parteitag der SP in Bern eine vernünftige Agrarpolitik: Erstens: schrittweise Einführung von EU-Preisen für landwirtschaftliche Produkte. Zweitens: Direktzahlungen erhalten ab 2003 nur Bauernbetriebe, die biologisch oder vergleichbar umweltfreundlich produzieren. Drittens: Die Summe der Direktzahlungen wird bei drei Milliarden plafoniert.

Das Beispiel Österreich zeigt: Der Umbau einer Landwirtschaft ist in den Alpen selbst mit weniger staatlichen Mitteln sozialverträglich und umweltfreundlich möglich. Anstatt eine eurokompatible Landwirtschaft in der Schweiz voranzubringen, pflegen viele SP-Exponenten gemeinsam mit dem Schweizerischen Konsumentenschutz rurale Strukturhaltung, welche sich in den weiterverarbeitenden Sektoren fortsetzt. Gut lässt sich dies am Beispiel einer Dose Erbsli mit 250 Gramm Abtropfgewicht erklären: Im Migros kostet sie 1.70 Franken, im Aldi Deutschland mehrwertsteuerbereinigt nur 60 Rappen. Der Erbsli-Verarbeiter in der Schweiz

beansprucht für seine Arbeit 60 Rappen, gleich viel wie der Endpreis in Deutschland ausmacht. Ein fauler Apfel steckt über das Zollgesetz – das auch die Verarbeiter schützt – den nächsten an. Ist es nicht lächerlich, über Erbsli zu schreiben? Nein, denn die zu hohen Lebensmittelpreise belasten einen Haushalt im Jahr mit durchschnittlich 3000 Franken. Rurale Strukturhaltung ist für die Linke nicht nur ökonomisch und ökologisch unsinnig, sondern auch elektoral. Es gibt – ausser im Nationalrat – wenig Bauern. Und die stimmen mehrheitlich SVP.

20 Milliarden Kaufkraftverlust

Jedes neue Auto ist in der Schweiz durchschnittlich 6000 Franken teurer als im nahen Ausland. Möbel, Haushaltmaschinen und Kleider sind in der Schweiz – wie die meisten Waren – durchschnittlich 30 Prozent teurer als etwa in Deutschland. Wer schöpft wie viel ab?

Der Hersteller verlangt in der Regel vom Generalimporteur aus der Schweiz einen höheren Preis als von den Generalimporteuren anderer Länder. Der Schweizer Generalimporteur seinerseits hat – verglichen mit dem Ausland – durchschnittlich eine doppelt so hohe Marge. Und deshalb sind die Generalimporteure oftmals Tochtergesellschaften des Herstellers. Die Schweizer Detailhändler arbeiten in der Kette der fortlaufenden Kaufkraftabschöpfung ebenfalls mit höheren Margen.

Alle Versuche, diesen volkswirtschaftlichen Irrsinn zu durchbrechen, sind bislang gescheitert. Deshalb frisst die Hochpreisinsel pro Jahr zumindest 20 Milliarden Franken Kaufkraft, die zu einem schönen Teil ins Ausland abfließt. Für eine Durchschnittsfamilie mit zwei Kindern und 80 000 Franken Einkommen bedeutet dies einen Kaufkraftverlust von 12 000 Franken im Jahr.

Mit einer Zollunion oder mit einem EU-Beitritt würde die perfekt abgeschottete Hochpreisinsel implodieren. Das Problem der sinkenden Preise kann auch das Problem der höheren Mehrwertsteuer mitlösen:

- Der Konsum wird dank tieferen Preisen um mindestens 20 Milliarden Franken entlastet.
- Trotz der höheren Mehrwertsteuer von 15 Milliarden Franken sinken somit die Preise.
- Mit den Einnahmen aus der erhöhten Mehrwertsteuer können – wenn man dies politisch will – die individuellen Kopfprämien ersatzlos ersetzt werden.

Die Lohnabhängigen würden neu keine Kopfprämien mehr bezahlen und Waren günstiger einkaufen. Die real verfügbaren Einkommen würden massiv ansteigen.

Bleibt die Frage: Können Volkswirtschaften bei real sinkenden Preisen wachsen? Historisch gesehen, nachweislich ja. Die Nationalbank und die Banken werden in einem Beitritts-Szenario allerdings gezwungen sein – wie Japan in jüngerer Vergangenheit –, Negativzinsen durchzuset-

zen, um eine unnötige Aufwertung des Frankens zu verhindern.

Mehr Bauland und weniger Spitalbetten

In jeder anständigen Weltstadt leben heute mehr Menschen als in der Schweiz. Wir haben genug Boden. Und wenn wir diesen verdichtet überbauen und die Dachflächen begrünen, dürfen die Haushalte in den nächsten Jahrzehnten mehr Wohnraum und damit mehr Lebensqualität beanspruchen. Es hat zu wenig flüssiges Bauland in der Schweiz. Deshalb ist Bauland in den Zentren des Mittellands viel zu teuer. Das zu teure Bauland schlägt auf die Preise der Eigentumswohnungen und auf die Mieten durch. Darum sind nirgends in Europa die Mieten höher als bei uns. Jede Partei, die diesen Teufelskreis durchbrechen will, muss – unabhängig davon, ob sie für den EU-Beitritt ist oder nicht – die Bodenfrage mit in das Zentrum ihrer Politik rücken.

Das gleiche Problem stellt sich bei den weiterhin explodierenden Gesundheitskosten. 40 Spitäler mit je 500 Betten senken die Kosten, erhöhen die Qualität der Arbeitsbedingungen und jene der medizinischen Dienstleistungen. Intelligente Globalbudgets im ambulanten Bereich senken unnötigen Medikamentenverbrauch, verhindern zu viel Apparatemedizin, fördern die Verschreibung von Generika und lassen deshalb Spielraum für mehr Betreuung offen. Die Preise von Medikamenten – auch jene der Generika –

können dank Parallelimporten sinken. Die Gesundheitskosten dürfen parallel zum BIP steigen. Vielleicht auch etwas schneller. Aber statt unsozialer Rationierung braucht es konsequente Rationalisierung.

Der Begriff Reform steht heute im deutschen Sprachraum für Sozialabbau. Der Begriff Reform muss von der Linken wieder andersrum besetzt werden. Günstigere Mieten dank Bodenreform. Gute Medizin für alle zu vernünftigen Preisen dank Reform des Gesundheitswesens.

Die Schweizer Exportwirtschaft ist hoch konkurrenzfähig. Wir sind deshalb Exportweltmeister. Der Binnensektor weist keine vergleichbare Produktivität auf. Wer die Hochpreisinsel schleift, erhöht die Produktivität des Binnensektors. Weil wir zwölf Jahre mit dem notwendigen Umbau zugewartet haben, führt dieser Prozess in einer ersten Phase – ohne flankierende Massnahmen – zu einem Abbau von absehbar 300 000 Arbeitsplätzen. Wer die Hochpreisinsel sozialverträglich schleifen will, muss deshalb parallel dazu Investitionen der öffentlichen Hand und der Privaten hochfahren, bis der Umbau Früchte trägt. An Projekten fehlt es nicht.

— Kantone und Gemeinden haben in den letzten zwei Jahrzehnten ihre Infrastruktur sträflich vernachlässigt.

— Die wärmetechnische Sanierung aller Gebäude ist ein ökonomisch und ökologisch sinnvolles Arbeitsbeschaffungsprogramm.

— Die Schweiz muss und kann mehr in Ausbildung und Forschung investieren.

Parallel dazu können und müssen – wollen wir keine Arbeitslosigkeit in Kauf nehmen – die Lebensarbeitszeiten flexibel gesenkt werden.

Lange Zeit machten wir Witze über die Österreicher. Heute nicht mehr. Lange forderten die Bürgerlichen in der Schweiz: Wir wollen keine schwedischen Verhältnisse. Heute wären alle froh, wir hätten in Sachen Wirtschaftswachstum schwedische Verhältnisse. Die Beispiele der ehemaligen Efta-Länder Österreich, Schweden und Finnland zeigen drei Dinge:

— Tiefgreifender Strukturwandel ist innerhalb weniger Jahre möglich.

— Strukturwandel kann halbwegs sozialverträglich mit den Menschen gestaltet werden.

— Veränderte Strukturen führen in vergleichbaren Ländern zu einem höheren Wirtschaftswachstum, als wir es in der Schweiz kennen.

Für die direkte Demokratie

Wer ernsthaft an einen EU-Beitritt denkt, muss flankierend einen kleinen New Deal für mehr Investitionen und kürzere Lebensarbeitszeiten durchsetzen. Gemeinsam mit Mehrheiten in der CVP und der FDP. Sonst wird sich aus Angst vor Arbeitslosigkeit nichts bewegen. In diesem Prozess werden in der Schweiz die Löhne der Beschäftigten verglichen zu heute nicht nur real, sondern auch nominal steigen, weil der zu

verteilende Kuchen – dank tieferen Preisen und höherem Wachstum – real grösser wird.

Ist die direkte Demokratie eine Errungenschaft? Ja, und deshalb ist die grosse Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer zu Recht nicht bereit, diese Errungenschaft aufzugeben oder einzuschränken. Kann man die direkte Demokratie im Rahmen eines Integrationsprozesses stärken? Dies ist nicht nur möglich, sondern notwendig. Wer in Brüssel nicht dabei ist, hat nichts zu sagen. Er muss realpolitisch im Rahmen des unautonomen Nachvollzuges übernehmen, was andere beschlossen haben.

Das Volk braucht zusätzliche Volksrechte, welche den veränderten Rahmenbedingungen Rechnung tragen. Das Volk muss darüber abstimmen können, welche politische Positionen die Schweiz in Brüssel zu vertreten hat. Und das Volk muss mittels konstruktiver Referenden sagen können, wie es Richtlinien ins nationale Recht umsetzt. Beides bedingt eine Beschleunigung der Fristen bei Abstimmungen. Ein Beitritt in die Europäische Union kann nur gelingen, wenn drei Bundesratsparteien dafür sind. Eiert ein solches Parteienbündnis in der Frage der direkten Demokratie zweideutig herum, wird es nie auf einen erfolgreichen EU-Beitritt anstossen können.

Das Wirtschaftspapier (1995) sowie das Service-public-Papier des Parteitages von Lugano (2000) zum Service public liegen richtig:

— Im Bereich der natürlichen Monopole sind gut geführte staatliche Monopole sozial und ökonomisch am effizientesten.

— Die Schweiz kann sich der laufenden Öffnung der Märkte, auch wenn sie ausserhalb der EU bleibt, nicht entziehen.

— Die laufende Liberalisierung vieler Märkte durch die EU führt früher oder später wieder zu faktischen Monopolen. Auf den Strommärkten ist dies bereits geschehen.

— Marktliberalisierung bedeutet nicht automatisch Privatisierung öffentlicher Unternehmen.

— Die zentrale Frage aus linker Sicht ist zurzeit, ob die marktmächtigen Unternehmen eines Landes staatlich oder privat sein werden.

Bei uns wurde – dank direkter Demokratie – relativ wenig privatisiert. Im Gegensatz etwa zum sozialdemokratisch regierten Deutschland. Eine zukunftsgerichtete linke Strategie muss den Service public und seine Arbeitsplätze sichern: dank staatlichen Betrieben, die mehr und bessere Dienstleistungen dank rascherem Strukturwandel erbringen. Zwei Beispiele:

Die Swisscom muss – statt das Geld im Ausland zu vergraben – alle Haushalte und Firmen endlich mit einem neuen Glasfasernetz verbinden. Damit alle schnell und kostengünstig telefonieren, internetten und fernsehen können. Dank neuem Netz, neuen Dienstleistungen und tiefen Preisen kann die Swisscom die Konkurrenten in Nischen drängen oder übernehmen.

Der Schweizer Kraftwerkpark gehört zu gut 80 Prozent den Kantonen und Gemeinden. Zusätzlich müsste die neue Netzgesellschaft nicht nur national, sondern auch staatlich sein. Dank eigenen Kraftwerken, dank staatlicher Netzgesellschaft können Bund, Kantone und Gemeinden eine sichere, spekulationsfreie und deshalb kostengünstige Energieversorgung sicherstellen.

Das von der Geschäftsleitung verabschiedete Papier fordert: «Die SP setzt sich im Rahmen der SP Europa dafür ein, die Anstrengungen der Sozialdemokratie für eine sozialere und demokratischere Europäische Union, die insbesondere den Service public stärkt, zu unterstützen.»

Das ist rosaroter Puder. Niemand darf verschweigen, die relevanten sozialdemokratischen Parteien Europas unterstützen sowohl Liberalisierungen wie Privatisierungen. Trotzdem kann die Schweiz, wenn sie es will, einen anderen Weg gehen. Und dies dank der direkten Demokratie mit guter Aussicht auf Erfolg.

Militärische Neutralität

Die Mehrheit der Schweizerinnen und Schweizer will militärisch neutral bleiben. Diese Mehrheit des Volkes ist bereit, die Kosten der Armee zu senken, aber diese Mehrheit will keine Abschaffung der militärisch überflüssigen Armee. Leider scheint sich unser Land militärisch schneller zu integrieren als politisch. Das ist politisch unklug. Stattdessen muss klar sein,

dass die militärische Neutralität auch nach einem EU-Beitritt gilt. Und dass ein Nato-Beitritt nicht in Frage kommt.

Wird Europa militärisch zu einer Supermacht? Vielleicht. Vielleicht auch nicht. Wird die Schweiz als EU-Mitglied die Militarisierung Europas bremsen oder die Gewichte etwas Richtung zivile Logik verschieben? Das Volk soll nach einem EU-Beitritt – dank neuen Volksrechten – darüber abstimmen können, in welcher Logik der Bundesrat in Brüssel tätig wird.

Viele Ängste, die mit der Einführung des Euro verbunden waren, haben sich nicht bestätigt: Der Euro ist stabil. Die Zinsen im Euroland sind weniger hoch als befürchtet. Alle Länder des Euroraumes haben sich wirtschaftlich besser entwickelt als die Schweiz. Um den Deutschen den Abschied von der Deutschen Mark zu erleichtern, hat die Regierung Kohl die Maastrichter Kriterien durchgesetzt. Diese erweisen sich als zu starr und verhindern eine kräftigere anti-zyklische Wirtschaftspolitik, wie sie nach einem EU-Beitritt der Schweiz notwendig ist. Obwohl die Kritik an den Maastrichter-Kriterien in der Europäischen Union immer breiter wird, fällt es der EU schwer, Abschied von diesen starren Regeln zu nehmen.

Der Schweizer Franken ist – wenn die Nationalbank flexibel und opportunistisch operiert – ein kleiner Standortvorteil. Er kann es vermutlich noch einige Zeit bleiben. Gerade weil

Europa wegen Maastricht die Hände gebunden sind. Schweden ist der EU beigetreten, hat aber die eigene Währung vorerst behalten. Um die Risiken eines EU-Beitritts zu verringern, um die Chancen und Spielräume zu erhöhen, ist es vermutlich sinnvoll, wenn die Schweiz der EU beitrifft, ohne zum gleichen Zeitpunkt den Euro einzuführen.

Volk entscheidet über Türkei-Beitritt

Die Türkei hat sich innenpolitisch verändert, weil sie EU-Mitglied werden will. Noch ist das Militär allerdings zu stark. Noch wird in den Gefängnissen gefoltert. Noch hat die kurdische Minderheit zu wenig Rechte. Und obwohl die Türkinnen vor den Schweizerinnen abstimmen und wählen konnten, hat sich ihre Stellung in der Gesellschaft in den letzten Jahrzehnten zu wenig verbessert. Soll die Türkei EU-Mitglied werden? Verhindert der Beitritt der Türkei die Schaffung eines handlungsfähigen Kerneuropas? Ist dies für die Schweiz vielleicht sogar ein Vorteil? Eine Debatte, die mit aller Sorgfalt geführt werden muss.

Die EU-Kommission will ergebnisoffen verhandeln. Die Türkei will den Beitritt in 10 bis 15 Jahren. Sieben Jahre später würde die Personenfreizügigkeit für ein 70-Millionen-Volk realisiert. In Deutschland konnte die CDU der Versuchung, dieses Thema zu emotionalisieren, nur widerstehen, weil drei Millionen Türken eine re-

levante Wählerbasis sind. In der Schweiz werden Türken-Inserate jede kommende EU-Abstimmung begleiten. Es gilt, rechtzeitig eine Position zu erarbeiten und diese im politischen Raum zu vertreten:

— Wenn die Türkei die Voraussetzungen erfüllt, soll sie aus der Sicht der SP Mitglied der EU werden.

— Ob die Türkei in zehn Jahren Mitglied werden kann, muss erst in zehn Jahren entschieden werden.

— Die Neuaufnahme von Mitgliedern verlangt jeweils die Einstimmigkeit der bisherigen EU-Mitglieder.

— Deshalb ist es wichtig, dass die Schweiz vor 2012 Mitglied der EU wird, damit die Schweiz mitentscheiden kann.

— Die demokratischen Rechte sind so um- und auszubauen, dass erstens das Volk über den Beitritt der Türkei zur EU konsultiert wird und zweitens sich der Bundesrat an einen Entscheid zu halten hat.

— Im Rahmen des bilateralen Weges hat das Schweizervolk nicht mehr, sondern weniger zu sagen: Wenn die Türkei Mitglied wird, dann gilt die Personenfreizügigkeit nach der Übergangszeit auch für die Türkinnen und Türken. Niemand kann zu diesem Zeitpunkt das Rad zu den bilateralen Vereinbarungen zurückdrehen.

Offensiv bedeutet dies: dank EU-Mitgliedschaft mehr Demokratie. Auch auf das Risiko

hin, dass die Schweiz in einem ersten Anlauf den Beitritt der Türkei zur EU mitverzögert.

Wer den konkreten Fragen aus dem Weg geht, wer nicht Punkt für Punkt versucht, konkrete und gleichzeitig beitriffskompatible Politik zu formulieren, der sagt zwar, dass er in die Europäische Union will, und gibt gleichzeitig zu verstehen, dass er es aber nicht besonders eilig hat, die Sache nicht besonders ernst meint. CVP und FDP sind orientierungslos gemeinsam nach rechts gerutscht. Die Linke wurde und wird in diesem Prozess stärker. Ungefähr 40 Prozent der Menschen können sich vorstellen, SP oder Grüne zu wählen.

FDP und CVP sind bis auf weiteres politische Knetmassen. Sie werden sich dann bewegen, wenn die Linke das Thema Europa konkret und realistisch vorantreibt. Sie werden sich nicht bewegen, wenn die SP – wie schon seit sieben Jahren – darauf verzichtet, eine europapolitische Perspektive zu konkretisieren.

Peter Bodenmann war von 1990 bis 1997 Präsident der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SPS). Nach seiner Wahl in den Walliser Staatsrat zog er sich aus der nationalen Politik zurück. Mit dieser Rede trat er in Naters erstmals wieder an einem Parteitag der SPS auf.